

<b>PROTOKOLL</b>	Gremium   Sitzung   Besprechung	Jugendhilfeausschuss
<b>Stadt Karlsruhe</b>	Datum   Uhrzeit	05. Juli 2017 Beginn: 16:30 Uhr Ende: 19:00 Uhr
		öffentlich
	Ort	Rathaus am Marktplatz, Großer Sitzungssaal
	Vorsitzende   Vorsitzender	Herr Bürgermeister Lenz
	Protokollführerin   Protokollführer	Frau Stolz

Teilnehmende: siehe Anwesenheitsliste

Verpflichtung: Frau Gissel als Vertreterin des Kinderschutzbundes wurde verpflichtet.

**TOP 1: Schülerakademie Karlsruhe e. V. – Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 Sozialgesetzbuch Achtes Buch (SGB VIII)**

**Der Vorsitzende** fordert die Teilnehmer zur Abstimmung auf.

**Beschluss:** Der JHA stimmt der Anerkennung der Schülerakademie Karlsruhe e. V. als Träger der freien Jugendhilfe einstimmig zu.

**TOP 1** ist damit beendet.

**TOP 2: Konzept zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Karlsruhe – Zweite Fortschreibung des Konzepts zur Beteiligung von Jugendlichen nach § 41a GemO**

**Der Vorsitzende** erklärt, dass der Fahrtwind dieses Themas beachtlich ist in Verbindung mit dem stja und allen Beteiligten.

**Frau Kuropka (stja)** verweist darauf, dass seit Inkrafttreten des § 41a im Dezember 2017 die Rechte der Kinder gestärkt wurden. In Karlsruhe wird diese Beteiligung politisch ausdrücklich gewünscht. Durch die Einrichtung der Fachstelle beim stja können die Jugendlichen dort, wo sie wohnen, Einfluss nehmen. Es gibt verschiedene offene Formen, an denen sich Kinder und Jugendliche beteiligen können. Dauerhaftes Engagement ist ebenfalls möglich. Dadurch werden auch bildungsferne Herkunftsfamilien erreicht. Im Herbst wird ein Jugendforum in der Waldstadt stattfinden. Die Jugendkonferenz (JuKo) findet neuerdings jährlich statt. Bei den Ansprüchen der Jugendlichen geht es um Räume z. B. für Verwaltung, Bewegung, Fanprojekte oder um Sprüh- oder Denkräume. In Karlsruhe ist das Beteiligungskonzept über Jahre gewachsen.

**Frau Stadträtin Melchien (SPD)** stimmt den Ausführungen zu. Die Jugendkonferenz jährlich stattfinden zu lassen sei sinnvoll, da Jugendliche sich oft nur für kurze Zeit engagieren. Das Forum öfters zu takten wäre ein Entwicklungswunsch, damit schneller reagiert werden kann. Sie spricht sich dafür aus, angemessene Mittel und Räume bereit zu stellen. Sie wünscht sich, dass ein Topf eingerichtet wird, dem die Jugendkonferenz zugeordnet ist.

**Frau Stadträtin Rastätter (GRÜNE)** bedankt sich im Namen ihrer Fraktion. Die Angebote seien so niedrigschwellig strukturiert, dass Jugendliche damit abgeholt werden und einen Beitrag zur gesellschaftlichen Entwicklung leisten können. Es sei gut, dass die Konferenz jährlich stattfinden soll. Auch sei zu begrüßen, dass Jugendliche auf Antrag ein Rederecht im Gemeinderat bekommen sollen. Im November wird es einen ersten Beitrag aus der Jugendkonferenz geben. Der Etat für die Konferenzen und das Forum sei niedrig bemessen. Eine Erhöhung könnte beim nächsten Budgetgespräch in Betracht gezogen werden.

**Frau Stadträtin Köpfler (CDU)** bedankt sich für das große Engagement des stja und ist auf die Weiterentwicklung gespannt. Sie bekäme nur positive Rückmeldungen. Es sei ein gutes Netzwerk in dieser Arbeit aufgebaut worden, das immer weiter nach Verbesserungen strebt. Sie wird dem Antrag gerne zustimmen.

**Frau Baron (Behindertenbeirat)** gibt zu bedenken, dass Behinderte nicht miteinbezogen werden. Die Niedrigschwelligkeit sei gut, jedoch bräuchten Behinderte eine Führung im Vorfeld. Sie erklärt diesen Zustand als schwarzen Fleck, welcher noch weiterentwickelt werden muss. Auf diesen Verhalt wurde bereits das letzte mal, als die Konferenz angesprochen wurde, hingewiesen. Eine Berücksichtigung dieser Hinweise sei gewünscht.

**Der Vorsitzende** fordert die Teilnehmer zur Abstimmung auf.

**Beschluss:** Der JHA stimmt der zweiten Fortschreibung des Konzepts zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen nach § 41a der Gemeindeordnung einstimmig zu.

**TOP 2** ist damit beendet.

### **TOP 3: Schulsozialarbeit: Zwischenbericht – Sachstand und Perspektive**

**Der Vorsitzende** übergibt das Wort an Frau Greiner.

**Frau Greiner (SJB)** erläutert aus der Vorlage, dass sich die Schulsozialarbeit inzwischen etabliert hat. Sie wird als Ergänzung des Schulprofils gesehen, da inzwischen die Akzeptanz bei den Schulen erreicht werden konnte. Es gehen vermehrt Aufstockungsanträge ein, Themen wie z. B. Inklusion und Auffälligkeitsverhalten werden nachgefragt. Diese Themen gingen weit über den Auftrag der Lehrkraft hinaus. Seit 2 Jahren gibt es einen eigenen Fachbereich beim Sozialen Dienst. Es besteht der Wunsch, noch stärker mit Schulen in Kontakt zu gehen und die Netzwerke weiter ausbauen zu können.

An den beruflichen Schulen gibt es durch die Zuwanderung neue Themen. Schulen, die vorher auf die Schulsozialarbeit verzichtet haben, kommen nun auf die Sozialarbeit zurück, da die neuen Themen nicht mehr selbst geleistet werden können. Gemeinsam mit dem Schulamt sollen im nächsten Monat inhaltliche Themen, wie z. B. der flächendeckende Ausbau des Angebots, Absentismus und neue Schulformen erörtert werden.

**Frau Stadträtin Rastätter (GRÜNE)** erläutert, dass sich der Gemeinderat einig war, dass man den Ausbau der Schulsozialarbeit fördert und alle Schulen versorgt werden können. Dies erklärt auch die gute Entwicklung. Es hat lange gedauert bis man ein solches Unter-

stützungssystem bekommen hat. Es sei verwunderlich, dass in der Vorlage beschrieben wird, dass Karlsruhe sich auf den letzten Plätzen in Baden-Württemberg befindet.

**Frau Greiner (SJB)** führt aus, dass die Zuordnungen in Karlsruhe anders seien als in anderen Kommunen und es dadurch zu Verwerfungen bei den Bewertungen kommt. Z. B. ist die Schulsozialarbeit in Karlsruhe im SoDi angesiedelt und nicht in Schulen. Die weitere Unterstützung in den Familien funktioniert so besser. Außerdem wurden die Stellen zuerst „mit der Gießkanne“ verteilt. Im DHH beschäftigt man sich damit, wie man in Zukunft die Mittel zur Verfügung stellt.

**Herr Resch (StJA e.V.)** betont, dass die Stellen mit 50 Prozent nicht hoch bemessen sind. Oft gibt es krankheitsbedingt Ausfälle. Er fragt, welche Möglichkeiten gesehen werden, mit anderen Kräften einzuspringen.

**Frau Stadträtin Moser (SPD)** bedankt sich für die gute Ausführung des Berichtes und ist beeindruckt von der präventiven Arbeit, die geleistet wird. Sie empfindet die Bedarfsmeldungen der Schulen wichtig, damit erkannt wird, wie hoch der Bedarf tatsächlich ist. Berufliche Schulen seien dabei zu berücksichtigen. Die Altersklasse der Schüler dort spricht für einen höheren Bedarf, nicht nur wegen der Zuwanderung. Fünf berufliche Schulen werden nicht von der Schulsozialarbeit bedient. Im Durchschnitt werden vier bis fünf Schüler am Tag betreut. Sie möchte wissen, wie ein Gespräch abläuft und ob die Schüler danach gleich weitergeleitet werden an andere Stellen. Außerdem sei interessant zu erörtern, wie dieser vorletzte Platz in dem besagten Vergleich zustande kommt.

**Frau Henkel (StA Durlach)** findet, dass es eine gute Sache war, die 50 Prozent umzusetzen für alle, die Ansprüche angemeldet hatten. Vor allem Gymnasien seien durch die Änderungen in der Schullandschaft betroffen. In Durlach knappt es inzwischen an allen Ecken und Enden. Sie glaubt nicht, dass Karlsruhe in allen Belangen an letzter Stelle steht.

**Frau Greiner (SJB)** erklärt, dass es keine Springer gibt für die Krankheitsvertretung. Beim SoDi ist es so aufgeteilt, dass die zuständige Bezirksgruppe verstärkt in die Beratung einsteigt und auch in die Schulen kommt. Die Mittel werden dadurch nicht erhöht. Wenn Schulen länger unversorgt sind, sucht der SoDi nach Lösungen über Projekte. Die Zahlen vom kvjs berufen sich auf eine blanke Abfrage nach Anzahl Schüler und Anzahl der Schulsozialarbeiter. Inhaltlich gestaltet sich vieles anders.

Manche Beratungen sind nach einem Gespräch erledigt. Teilweise gibt es aber auch Themen z. B. mit Eltern, die nicht in der Schule geklärt werden können. Wenn die Schulsozialarbeit an ihre Grenzen stößt, werden die Ratsuchenden innerhalb des Netzwerks an passende Stellen weitergegeben.

An der Kimmelmansschule wird es nächstes Jahr nur noch 36 Schüler geben, was keine halbe Schulsozialarbeitsstelle rechtfertigt.

Die Friedrich Ebert Schule sollte mit 25% berücksichtigt werden, damit bei der Schule mit Priorität die Grundversorgung gewährleistet ist.

**Frau Stadträtin Rastätter (GRÜNE)** bittet um eine differenziertere Darstellung, aus der hervorgeht, was von Schulsozialarbeiterstellen in anderen Kommunen geleistet wird.

**Herr Frisch (SuS)** sieht die Kimmelmanschule als sehr erfolgreich im Bereich der Inklusion.

**Der Vorsitzende** bedankt sich für die Ausführungen.

**Beschluss:** Kenntnisnahme

**TOP 3** ist damit beendet.

#### **TOP 4: Aktuelle Bedarfssituation in Karlsruher Kindertageseinrichtungen**

**Der Vorsitzende** führt in diese Vorlage mit einer Bedarfsanalyse der Kindertagesbetreuung ein, die zum ersten Mal so ausführlich dem Ausschuss zur Verfügung gestellt wird. Der Jugendhilfeausschuss ist das erste Gremium, welches diese Bestandsaufnahme zu sehen bekommt. In den letzten Jahren wurden die Plätze in der Kindertagesbetreuung in Karlsruhe mit Hilfe der freien Träger stark ausgebaut. Da die Kinderzahlen gestiegen sind, gibt es immer noch ein Defizit zum tatsächlichen Bedarf.

Das spricht für die Stadt und macht sie attraktiver. Viele Familien sind zugezogen. Nachdem die letzte Randsiedlung nun abgerissen wird, wird Karlsruhe zu einer randsiedlungsfreien Stadt. Mit der Volkswohnung wurde ein guter Träger gefunden um günstiges Bauen zu ermöglichen. Der Vorsitzende bedankt sich für die aussagekräftige Analyse. Beim Ausschuss im November wird man sich, mit Blick auf die Finanzlage, damit befassen, wie die pragmatische Umsetzung in den nächsten Jahren aussehen wird.

**Frau Kinnunen (SJB)** erklärt, dass die freien Träger im Wesentlichen den Ausbau der Kitas in Karlsruhe gestemmt hätten und hier viel erreicht worden ist. Die vorliegenden Zahlen generieren jedoch erheblichen Handlungsbedarf. Der Fehlbedarf in 14 Stadtteilen summiert sich auf gut 2.500 Plätze. Zieht man hiervon die sechs Stadtteile mit einer Überdeckung an Plätzen sowie die in Planung befindlichen Plätze ab, ergibt sich immer noch ein Defizit von rund 1.200 Plätzen.

Bei den in Karlsruhe ansässigen Trägern und Einrichtungen ist inzwischen ein gewisser Sättigungsgrad erreicht, was die weitere Beteiligung am Kita-Ausbau betrifft. Die Stadt Karlsruhe als öffentlicher Träger der Jugendhilfe steht in der gesetzlichen Pflicht, ein bedarfsgerechtes Angebot der Kindertagesbetreuung vorhalten und für die kontinuierliche Qualitätsentwicklung sorgen. Der Bestand an Einrichtungen ist festzustellen und weiterer Bedarf zu ermitteln.

Bei der städtischen Servicestelle Kinderbetreuung werden Plätze unter anderem in den Stadtteilen Südweststadt, Waldstadt, Mühlburg, Knielingen und Durlach nachgefragt. Die Hälfte der Eltern, die sich bei der Servicestelle melden, braucht sofort einen Platz. Weitere 25 Prozent benötigen einen Platz im nächsten Kitajahr.

Über das Kitaportal wurden in 15 Stadtteilen unversorgte Kinder im dreistelligen Bereich ermittelt.

Die Daten aus dem Bericht, dem Kita-Portal und der Servicestelle weisen übereinstimmend darauf hin, dass weiter ausgebaut werden muss. Wie genau der weitere Ausbau vonstatten gehen wird, wird im Novemberausschuss behandelt.

**Frau Stadträtin Meier-Augenstein (CDU)** bedankt sich für die detaillierte Übersicht als gute Grundlage für eine Handlungsempfehlung. Man müsse dringend nachschauen, wie die Kinder versorgt werden, für die es rechnerisch keinen Platz gibt. Dies würde zehn Prozent der Kinder im Alter von drei bis sechs Jahren betreffen. Sie ist gespannt auf die Zahlen im November, da das neue Schuljahr und das neue Kindergartenjahr Verschiebungen nach sich ziehen werden.

**Frau Henkel (StA Durlach)** merkt an, dass die Stadt Karlsruhe insgesamt großen Bedarf habe, nicht nur Durlach. Es herrsche aber gleichzeitig ein hoher Personalmangel, weswegen viele Fachkräfte in den Kitas „am unteren Anschlag seien“. Sie sieht die anderen Dezernate als mit verantwortlich.

**Frau Stadträtin Rastätter (GRÜNE)** bedankt sich für die umfassende Analyse. Erschreckend findet sie das Gesamtdefizit. Sie stellt sich die Frage, wie es gelingt trotz dieses Fehlbedarfs die Kinder so zu versorgen, damit die Eltern nicht auf die Barrikaden gehen. Sie möchte wissen, wie es um den Ausbau der städtischen Kitas steht.

**Herrn Resch (StJA e.V.)** kann die Zahlen und Quoten nicht nachvollziehen und fragt nach Erläuterungen zur Über- und zur Unterdeckung.

**Frau Kinnunen (SJB)** erklärt, dass sich die vorhandenen Platzkapazitäten für U3 und Ü3 analog zur Betriebserlaubnis ergeben. Eine Sonderauswertung der Betriebserlaubnis- und Planungslisten erfolgt halbjährlich. Der letzte Auswertungsstand ist vom 31. Dezember. Die Kinderzahlen erhält die Jugendhilfeplanung vom Amt für Stadtentwicklung und adaptiert diese bezogen auf das jeweilige Kindergartenjahr. Hier ist der Stand vom 30. Juni 2016. Die Versorgungsquote ergibt sich aus dem Verhältnis der Anzahl der Kinder und der Anzahl der Kitaplätze. Bei den 3-6-Jährigen liegt ein Bedarfsanhalt von 100 Prozent zugrunde. Bei den unter Dreijährigen lag der Bedarfsanhalt ab dem Gemeinderatsbeschluss zum Masterplan im Jahr 2008 bei 35 Prozent. Nachdem die im Jahr 2012 durchgeführte Vollerhebung des Betreuungsbedarfs U3 einen gesamtstädtischen Bedarf von 46 Prozent ergab, wurde der Bedarfsanteil U3 für die weitere Planung auf diese Quote angehoben. Weitere Informationen können gerne direkt bei ihr erfragt werden.

**Frau Stadträtin Rastätter (GRÜNE)** fragt nach, ob das Subsidiaritätsprinzip weiter verfolgt werden würde, oder ob in Zukunft auch städtische Kitas weiter ausgebaut werden.

**Der Vorsitzende** bedankt sich und schließt nicht aus, ob man als Stadt an manchen Stellen „in die Bresche springen“ muss. Wenn es nicht anders geht, müsse man sich hierzu Gedanken machen. Vorrangiges Ziel ist es nicht. Er freut sich auf den gemeinsamen weiteren Ausbau und die Fortsetzung des Themas im November.

**Beschluss:** Kenntnisnahme

**TOP 4** ist damit beendet.

**TOP 5:** **Änderung der „Richtlinie der Stadt Karlsruhe für die Förderung von Kindertagesstätten und Kindergruppen“ – Befristete Förderung von geeigneten Kräften bei Aufnahme von Kindern mit Fluchterfahrung**

**Der Vorsitzende** übergibt an Herrn Büchler.

**Herr Büchler (SJB)** erklärt, dass das Bundesministerium beschlossen hat, dass in Ü3 Gruppen maximal 2 Kinder mit Fluchterfahrung zusätzlich zur Höchstgruppenstärke aufgenommen werden können. Wenn ohne Überschreitung der Höchstgruppenstärke keine Aufnahmemöglichkeit für diese Kinder besteht, wird eine zusätzliche geeignete Kraft erforderlich. Diese wird mit 88 Prozent bezuschusst.

**Frau Stadträtin Rastätter (GRÜNE)** fragt, wie eine geeignete Kraft definiert wird.

**Herr Büchler (SJB)** merkt an, dass es in der Verantwortung der Träger liegt, die Eignung festzustellen. Es muss eine Selbstauskunft erstellt werden, alle weiteren Kriterien legt der Träger selbst fest. Dies wurde aus Vereinfachungsgründen so gelöst.

**Beschluss:** Der JHA empfiehlt dem GR einstimmig, die neu gefasste Richtlinie der Stadt KA für die Förderung von Kindertagesstätten und Kinderkrippen mit einem finanziellen Mehraufwand von 125.600 Euro im Jahr 2017 und 157.080 Euro im Jahr 2018 zu beschließen.

**TOP 5** ist damit beendet.

#### **TOP 6: Neues Raumprogramm für Kitas**

**Frau Kinnunen (SJB)** erklärt, dass der Bedarf zur Änderung des Raumprogramms durch verschiedene Faktoren zustande kam, wie z. B. die gestiegenen Ansprüche an die pädagogische Arbeit, einem Mehrbedarf an Personalräumen, sowie dem Bedarf an einem explizit ausgewiesenen Essensbereich aufgrund neuer Hygienevorschriften.

**Frau Schlenker (Stabsstelle Projektcontrolling)** erläutert, dass das Raumprogramm Standards für eigene Kitas zugrunde legt. Private Träger bauen nach eigenen Programmen, welche teilweise das Raumprogramm über- oder unterschreiten. Die Förderrichtlinien für Baukostenzuschüsse müssen eventuell angepasst werden. Bei Personalräumen wurden beispielsweise die Vorgaben eines Lehrerzimmers von 6qm pro Lehrervollzeitstelle zugrunde gelegt und übernommen für Kitavollzeitstellen. Es wird unabhängig von der Gruppenart gebaut, damit die Räume flexibel je nach Anforderungen genutzt werden können.

**Frau Stadträtin Melchien (SPD)** sieht ebenfalls die fehlende Anpassung an die zeitliche Entwicklung. Sie schlägt eine Differenzierung der Dringlichkeit bei der Umsetzung vor. Vorrangig z. B. nach hygienischen und arbeitsrechtlichen Anforderungen. Sie erkundigt sich nach der Möglichkeit Haushaltsmittel umzuschichten, um die dringenden Bedarfe zu decken. Von der SPD sei eine Darlegung gefordert, wie genau die gesetzlichen Vorgaben aussehen. Welche Richtlinien sieht man in Karlsruhe als erforderlich? Über 1,8 Millionen für das Budget 2019 kann heute nicht beschlossen werden.

**Der Vorsitzende** merkt an, dass der Jugendhilfeausschuss ein beschließender Ausschuss sei. Man könne heute diese Mittel beschließen ohne Gemeinderat.

**Herr Köhler (Caritas)** rät dazu, den künftigen Trägern früh genug Planungssicherheit zu geben, damit nicht nach alten Vorgaben, die zeitnah überholt sein werden, gebaut wird.

**Frau Stadträtin Rastätter (GRÜNE)** wünscht eine Aufstellung, was die befragten Träger gefordert haben und ob diese Forderungen mit gesetzlichen Vorschriften identisch sind. Neue Räumlichkeiten, die den Ganztagesangeboten gerecht werden, werden gebraucht. Grundsätzlich könne man heute zustimmen, wenn zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal beraten werden kann. Sie befürchtet, dass die Träger mit der Schaffung weiterer Kita-plätze eventuell warten bis die neue Förderung greift, obwohl Plätze dringend gebraucht werden.

**Der Vorsitzende** erklärt, dass es bei Gesetzesänderungen immer Grenzfälle zum Stichtag geben kann. Es ist positiv zu sehen, dass die privaten genauso gefördert werden wie die eigenen. Ein Gesetz zur Investitionsförderung beim Kita-Aubau sei in der Pipeline, nach welchem Finanzmittel ausgeschüttet werden, durch welche weitere Baumaßnahmen realisiert werden können. Er kann keinen Fehler erkennen, wenn der Beschluss gleich gefällt wird. Als Alternative kann man in der nächsten Sitzung am 9. November weitere Details klären. Bis zu diesem Zeitpunkt würden allerdings keine ausschlaggebenden neuen Erkenntnisse gewonnen werden.

**Herr Holzwarth (AWO)** unterstützt die Aussage von Frau Rastätter und Herrn Köhler. Er befürchtet, dass wenn ein Träger bereits eine Kita plant, dieser damit erst 2019 beginnen wird, damit mit dem neuen Programm finanziert wird. Er spricht sich dafür aus, dass der Flächenzuwachs individuell gestaltet werden kann. Es sei fraglich, ob lineare Erhöhungen im Personalbereich wirklich gebraucht werden. Die Träger sollten frei sein, den Raumbedarf mit den Möglichkeiten vor Ort zu gestalten. In den letzten Jahren haben sich Ansichten und Ansprüche an Kitas geändert, was dafür spricht, dass es in den nächsten Jahren weitere Änderungen geben wird. Deshalb wird ein größerer Spielraum für die Träger gewünscht.

**Herr Sester (Kath. Gesamtkirchengemeinde)** erklärt, dass das Kita Raumprogramm nicht alle Wünsche erfüllt, die formuliert wurden. Allerdings werden ansprechende Räume gebraucht, nicht zuletzt auch wegen des Kampfes um entsprechendes Personal.

**Frau Henkel (StA Durlach)** meint, das Raumprogramm zeigt sich ihr als flexibel und trotzdem machbar. Änderungen wird es weiterhin geben. Wichtig sei nur, dass Stand heute ja dazu gesagt wird. Egal bei welchen Programmen, gab es schon immer Übergangszeiten. Es gibt in Ganztageseinrichtungen eine längere Verweildauer was z. B. bei den Wickelbereichen berücksichtigt werden muss.

**Frau Stadträtin Meier-Augenstein (CDU)** möchte weitere Angaben zu den gesetzlichen Vorschriften des Raumprogramms. Die Abstimmung sollte im November erfolgen. Es gibt keine Nachteile, da die Wirksamkeit erst mit dem 1.1.2019 eintritt. Alle Träger sind im engeren Austausch mit der Stadtverwaltung. Diese kann die Träger darauf hinweisen, dass es Änderungen geben wird.

**Herr Resch (StJA e.V.)** empfiehlt, die Abstimmung heute durchzuführen. Die Anforderungen seien gestiegen z. B. durch die Essensausgabe, die Teilzeitstellen usw.. Die Fragen seitens der Stadträte könnten zerstreut werden, da die Praxis der Bezuschussung sehr flexibel ist. Er bezweifelt nicht, dass das Geld zielgerichtet verteilt wird. Es gibt keinen Grund zur Verschiebung der Abstimmung.

**Frau Stadträtin Moser (SPD)** könnte nicht zustimmen bei einer heutigen Abstimmung. Sie schlägt ebenfalls die Verschiebung vor und fordert in der Übersicht das Hinzufügen einer Spalte mit den gesetzlichen Grundlagen. Die Träger sollen die Förderung rückwirkend beantragen können. Es soll die Frage erörtert werden, ob alle Kitas die Möglichkeit hätten auf die geforderte Größe zu erweitern. Die Erweiterungen sollen nicht zu Lasten des Außenbereichs gehen. Sie möchte auch untersucht haben, ob alle Kitas einen Bistrobereich brauchen bzw. alle Kinder tatsächlich dort essen.

**Herr Kalmbach (GfK)** sieht kein Problem bei der Verschiebung der Abstimmung, da es erst den Haushalt 2019 betrifft.

**Herr Stadtrat Fostiropoulos (LINKE)** spricht sich positiv aus und befürwortet die heutige Abstimmung, wenn im November noch einmal das Thema besprochen werden kann.

**Frau Stadträtin Köpfler (CDU)** sieht keinen Nachteil, wenn die Abstimmung erst im November erfolgt. Damit wäre genug Zeit um Fragen zu beantworten.

**Frau Kinnunen (SJB)** erklärt, dass es keine gesetzliche Regelung zur Ausstattung von Kitaräumen gibt. Es gibt Mindeststandards seitens des KVJS, um eine Betriebserlaubnis zu erhalten. Referenten des KVJS kommen vor Ort und prüfen die Situation individuell. Das neue Raumprogramm ginge über die Mindestanforderungen des KVJS hinaus, die sehr knapp bemessen sind. In Karlsruhe wurde beschlossen, dass die Räume so nicht ausreichen. Die Standards des KVJS sind im Internet abzurufen. Eine Flexibilität der Raumnutzung ist bereits jetzt jederzeit möglich.

Aus dem Befragungsergebnis unberücksichtigt blieben z. B. die Forderungen nach mehr Schlafräumen wegen der vieler U3 Kinder bzw. Ü3 Kinder mit Ruhebedürfnis, weiteren Lagerflächen für Material und die Berücksichtigung zum Ausbau von Familienzentren.

Jeder Träger kann seine Räume flexibel nutzen. Wem z. B. die Fläche von einem Bistro zu groß erscheint, kann die Räume anders zuteilen. Allerdings war in der Forderung der Träger die Vergrößerung des Bistro- und des Personalbereichs ausdrücklich erwähnt. Bei Ganztageseinrichtungen gehört Essen zwingend dazu, um den Kindern familiennahe Bedingungen zu bieten. Alles, was in das Programm aufgenommen wurde, ist auf die Ganztagsbetreuung ausgelegt und entspricht damit dem heutigen Standard.

Das Raumprogramm hat keinen bindenden Charakter, und es gibt keine gesetzliche Grundlage. Beim Großteil der Standorte in Karlsruhe sind die Ausbaumöglichkeiten weitgehend ausgeschöpft. Klassische Kindergärten haben nur verlängerte Öffnungszeiten und keinen Ganztagesbetrieb, weil die räumlichen Möglichkeiten nicht gegeben sind. Diese Einrichtungen können weiter betrieben werden, Schließungen stehen nicht an.

**Frau Schlenker** erwähnt, dass auch in den KVJS Standards nicht alle Räume in der Größe beziffert sind. Soweit möglich sollten diese Standards eingehalten werden.

**Herr Köhler (Caritas)** möchte wissen was mit den Einrichtungen passiert, die schon vor 2019 alle Erfordernisse berücksichtigt haben.

**Der Vorsitzende** erklärt, dass es immer eine Kante geben wird. Er findet es schade, dass obwohl bis auf eine alle Fragen beantwortet werden konnten, die Entscheidung heute

nicht getroffen werden kann. Die rechtzeitige Planungssicherheit für die Träger war auch ein Grund für die Bitte um die vorzeitige Entscheidung. Weitere Fragen können noch abgegeben werden.

**Der Vorsitzende** verzichtet auf eine Abstimmung.

**Beschluss** verschoben auf die Sitzung im November.

**TOP 6** ist damit beendet.

**TOP 7: Erhöhung der Benutzungsentgelte für städtische Kindertageseinrichtungen und Schülerhorte**

**Herr Lindorf (SJB)** erklärt, dass es im Kern der Beitragserhöhung um den Erhalt des Systems geht. Der Essensanteil hat sich erhöht, ebenso wie die Personalkosten durch den Tarifabschluss der Erzieherinnen. Er empfiehlt die moderate Erhöhung von fünf Prozent im Jahr 2018, wobei hier nur der Betreuungsanteil berücksichtigt wird, nicht der Essensanteil. Und eine weitere Erhöhung im Jahr 2019 um vier Prozent.

**Herr Stadtrat Fostiropoulos (LINKE)** spricht sich gegen die Erhöhung aus.

**Frau Stadträtin Rastätter (GRÜNE)** beruft sich darauf, dass immer gefordert wurde, die Beiträge nicht zu erhöhen. Sie möchte sich enthalten.

**Herr Holzwarth (AWO)** bemerkt, dass zur Finanzierung einer Kita nur Elternbeiträge und der städtische Zuschuss zur Verfügung stehen. Wenn der Gemeinderat beschließt, dass der städtische Zuschuss nicht erhöht wird, werden die Träger die Elternbeiträge erhöhen.

**Herr Resch (StJA e.V.)** kann der Erhöhung zustimmen, da in Karlsruhe ganz entscheidende Regelungen getroffen wurden, um Familien zu fördern z. B. die Geschwisterkindregelung. Für sozial Schwache übernimmt die SJB die Bezuschussung. Er kann zustimmen und ist guter Hoffnung, dass die Geschwisterkindregelung erhalten bleibt.

**Frau Wiedemann (CDU)** stimmt der Erhöhung zu, wohlwissend, dass eine Staffelung der Kindergartenbeiträge in der Pipeline ist.

**Herr Stadtrat Fostiropoulos (LINKE)** bemängelt, dass der Beitrag einkommensunabhängig ist und die Geschwisterkindregelung das Problem nicht löst. Auch Menschen mit kleinem Geldbeutel müssen die Möglichkeit haben, ihre Kinder bis 6 Jahre früh qualifizieren zu lassen, damit diese nicht in der Hauptschule hängen bleiben und neue Hartz 4 Personen generiert werden.

**Der Vorsitzende** fordert die Teilnehmer zur Abstimmung auf.

**Beschluss:** Der JHA empfiehlt dem GR mit 14 Ja-, einer Neinstimme und 3 Enthaltungen, wie folgt zu beschließen:

Die Benutzungsentgelte der städtischen Kindertageseinrichtungen werden wie in den Anlagen 1 und 2 (jeweils Spalte 4) dargestellt, zum 01.01.2018 um durchschnittlich 5 % und zum 01.01.2019 um durchschnittlich 4 % erhöht.

**TOP 7** ist damit beendet.

**TOP 8: Aufnahme weiterer Hortgruppen in die städtische Bedarfsplanung**

**Frau Litzler (SJB)** erklärt den Bedarf des Ausbaus von Hortgruppen an der privaten Element-I-Schule und an der Waldschule Neureut.

**Beschluss:** Der JHA empfiehlt dem GR einstimmig, die Erweiterung des Schülerhortes an der Element-I-Schule im Technido um eine Nachmittagshortgruppe (20 Plätze) sowie die Erweiterung des Schülerhortes der Kinder-Stadtkirche Karlsruhe e.V. an der Waldschule in Neureut um eine Nachmittagshortgruppe (20 Plätze) zu beschließen.

**TOP 8** ist damit beendet.

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass der nächste Jugendhilfeausschuss vom 15. auf den 9. November 2017 vorverlegt wurde und dass dieser Ausschuss um 18 Uhr beendet sein wird.

**Der Vorsitzende** schließt die Sitzung des Jugendhilfeausschusses um 19 Uhr.

Zur Beurkundung:

gesehen und genehmigt:



Martin Lenz  
Bürgermeister

die Schriftführerin



Heike Stolz

